

Heinz-J. Bontrup

Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft¹

Einleitung

„Die zur Wahrheit wandern, wandern allein.“
(Christian Morgenstern)

In der historischen Entwicklung kam es seit der Schaffung eines *Überschussproduktes* zu einer systematischen Ausbeutung von Menschen durch Menschen. Hieran hat auch die Abschaffung einer Sklavenhalterordnung sowie die Ablösung der Feudalordnung durch eine marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung nichts geändert. Mit der Trennung des Menschen von seinen Produktionsmitteln wurde er abhängig von der Bereitstellung dieser Mittel durch die jeweiligen Grund- und Kapitalbesitzer. Lebendige Arbeit, einzig *neuwertschaffend*, wurde zu einer *Ware*, die der Mensch zur täglichen Reproduktion verkaufen muss. Dabei unterliegt er an den unterschiedlichsten Arbeitsmärkten nicht nur einem strukturellen *Machtungleichgewicht*, sondern bei einem heute immer größer werdenden Arbeitskräfteüberschuss fällt selbst der Verkauf der Arbeitskraft zunehmend schwerer. Die Unternehmen nutzen dies aus. Sie sind nicht für die Beschäftigten da, sondern für die einseitige Befriedigung der Unternehmenseigner (Shareholder). Dies wird insbesondere unter Bedingungen von *Massenarbeitslosigkeit* manifest. Hier kommt es zu einer forcierten Lohndrückerei, längeren Arbeitszeiten, wie zu allgemein verschlechterten Arbeitsbedingungen und schließlich zu prekären Beschäftigungsverhältnissen, die kaum noch eine verlässliche Reproduktionsbasis garantieren. Arbeitslosigkeit übt im Interesse der Unternehmer einen nachhaltigen und disziplinierenden Druck auf die Arbeitnehmer und Gewerkschaften aus. Dies birgt Gefahren. Unternehmen können unter kapitalistischen Bedingungen zwar jederzeit Menschen entlassen, die Gesellschaft als *Ganzes* kann dies aber nicht, so dass Arbeitslose vom Staat unterstützt werden müssen, was bei zunehmender und lang anhaltender Massenarbeitslosigkeit ein immer größeres *Systemproblem* darstellt.

Bei der grundsätzlichen Frage nach dem *Wert der Arbeit*, die sich letztlich in eine *Verteilungsfrage* von Lohn und Gewinn auflöst, sind die Weichen seit Langem in Richtung einer Umverteilung zur Gewinnquote gestellt. Weder eine materielle noch eine immaterielle Partizipation, eine *Teilhabe* an den Gewinnen und *Teilnahme* an den Entscheidungsprozessen der Unternehmen, durch die Beschäftigten stehen auf der Tagesordnung. Im Gegenteil: Der Mensch steht bis heute nicht im *Mittelpunkt* des unternehmerischen Gefüges, sondern er ist nach wie vor nur ein *Mittel*. Er ist trotz aller Humanisierungsbemühungen und einer „vergemeinschaftenden Personalpolitik“ (Gertraude Krell) von seiner Arbeit und den Produkten seiner Arbeit *entfremdet*. Taylorismus und Fordismus sind in der wirtschaftlichen Realität überall noch in Anwendung. Insofern muss heute die zur

¹ Köln 2005, 424 Seiten, 24,80 €, PapyRossa Verlag, ISBN 3-89438-326-7

ideologischen Rechtfertigung erfundene fiktive Person eines so genannten „*Arbeitskraft-unternehmers*“ als geradezu zynisch empfunden werden. Die dominant gewordene *Shareholder-Value-Ideologie* setzt vielmehr ausschließlich auf eine unternehmerische einseitige Profitmaximierung. In den Tarifverhandlungen wird den abhängig Beschäftigten der gesamtwirtschaftliche *verteilungsneutrale Spielraum* nicht mehr zugestanden. Lohnsteigerungen hätten hinter den jeweiligen Produktivitäts- und sogar Inflationsraten zu liegen. Die damit einhergehende *Umverteilung* zu Gunsten der Menschen, die über Produktionsmittel und Vermögen verfügen, soll noch vergrößert und die Macht der Gewerkschaften weiter geschwächt werden.

Damit aber nicht genug: Noch nie in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte wurde das einzig demokratisch legitimierte *Primat der Politik* durch die Wirtschaft so sehr ausgehöhlt wie heute. Bei der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland stand dem noch ein völlig entgegengesetztes Verständnis vom Verhältnis von Wirtschaft und Staat gegenüber. Demnach sollte – auch vor dem Hintergrund der negativen Erfahrungen in der Weimarer Republik – eine marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung nicht mehr sich selbst überlassen werden. Die Wirtschaft und die ihr immanenten Krisenprozesse wurden auf Basis einer *keynesianischen Wirtschaftspolitik* und gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung ausgesteuert. Gleichzeitig wurde damit die Etablierung eines *Sozialstaats* und die Zählung einer zügellosen privaten Wirtschaft umgesetzt. Das Modell einer *Sozialen Marktwirtschaft* führte zwischen Kapital und Arbeit bis Mitte der 1970er Jahre zu einem weitgehenden Konsens in der Verteilungsfrage sowie zu einer übergeordneten staatlichen Gesamtverantwortung. Ausdruck dieses Modells war nicht zuletzt die Etablierung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes von 1967.

Mit dem weltweit vollzogenen *wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel*, mit der Ablösung des Keynesianismus seit etwa Mitte der 1970er Jahre durch einen heute durchgehend etablierten *Neoliberalismus*, ist es zu einer grundsätzlichen, ja radikalen Veränderung im politischen und ökonomischen Denken gekommen. Heute liegt der Fokus des Wirtschaftens wieder auf den so genannten *Marktkräften*, die zu einer immanenten wettbewerblichen Pervertierung geführt haben. Diese geht mit gigantischen Konzentrationsprozessen und daraus folgender Macht des Kapitals einher. Trotzdem betont man politisch die angeblichen Selbstheilungskräfte der Märkte in einem Prozess aus Globalisierung und Liberalisierung. Das Ergebnis ist allerdings enttäuschend. Es ist zwar für Deutschland auf der einen Seite durch immer größere *Exportüberschüsse* geprägt, auf der anderen Seite aber durch einen *Mangel an Binnennachfrage*. Dieser ist das Ergebnis des Teufelskreises aus einer Umverteilung zur gesamtwirtschaftlichen Gewinnquote, die mit Wachstumsschwäche, steigender Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung einhergeht. Darunter leidet mittlerweile nachhaltig die Umsetzung einer notwendigen Wohlfahrtsfunktion für die *ganze Gesellschaft*.

Für Deutschland, in Summe eines der reichsten Länder der Erde, ist es mehr als beschämend, sich seit fast dreißig Jahren mit der Geißel Massenarbeitslosigkeit und all ihren sozio-ökonomischen Folgen scheinbar abgefunden zu haben. Die Wirtschaft selbst, als

auch die Politik versagen bei der Bekämpfung auf ganzer Linie. Das Problem wird kurzerhand auf eine *Mindestlohnarbeitslosigkeit* und auf die gebetsmühlenshafte Behauptung reduziert, die Arbeitskosten, das direkte Arbeitsentgelt und die so genannten Lohnnebenkosten, seien in Deutschland zu hoch. Die neoliberale Therapie lautet hier schlicht und ergreifend: *Senkung der Arbeitseinkommen*. Außerdem seien die Arbeitsmärkte inflexibel, verrechtlicht, bürokratisiert und die Arbeitslosen zu träge und faul sich um Arbeit zu bemühen. Hinzu käme noch der viel zu große Einfluss der *Gewerkschaften*. Die neoliberale Therapie verlangt diesbezüglich nach einer Deregulierung der Arbeitsmärkte, nach einer Bekämpfung der Arbeitslosen und Gewerkschaften. Nur so könne das Tor zur Vollbeschäftigung aufgestoßen werden. Zusätzlich müsse man sich von dem aufgebauten und überbordenden *Sozialstaat*, der viel zu hohe *Steuersätze* nach sich ziehe, verabschieden. Um dabei Druck auf die politischen Akteure auszuüben, seien die Steuern zu senken. Natürlich in erster Linie für die Unternehmen und Vermögenden im Land.

Die so auf eine einseitige Vermögenssteigerung von eh schon reichen Schichten, und auf eine Verbesserung der unternehmerischen *Angebotsbedingungen*, insbesondere für Großunternehmen und international agierende Konzerne, setzende neoliberale Wirtschaftspolitik blendet seit Jahren die *Nachfrageseite* des Marktes völlig aus. Mit einem Griff in die ökonomische Mottenkiste beruft man sich auf das realitätsfremde Say'sche Theorem, wonach sich jedes kostenminimierte Angebot seine Nachfrage selbst schaffe und somit Wachstumskräfte und Beschäftigungseffekte auslösen würde. Selbst ein nun über fast dreißig Jahre weitgehend umgesetztes aber fehlgeschlagenes neoliberales Experiment lässt die Verantwortlichen nicht umdenken. Die Antwort lautet lediglich, die Dosis der neoliberalen Medizin durch eine weitere Entfesselung der Marktkräfte zu erhöhen. Weiter setzt man auf Lohnsenkungen und Sparprogramme. Daher sei auch der die private Wirtschaft angeblich strangulierende *Staat* zu verschlanken. Er müsse aus dem Wirtschaftskreislauf herausgedrängt werden. Antizyklische keynesianische Wirtschaftspolitik hätte, da sie nur zu *Staatsverschuldung* und einem Verdrängen privater Investoren, zu einem *Crowding-Out* führe, ausgedient. Staatliche Finanzpolitik sei durch Einsparungen auf einen ausgeglichenen Haushalt auszurichten. Dies sogar unabhängig von der konkreten konjunkturellen Situation. Dabei werden selbst negative gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer *prozyklischen Finanzpolitik* in Kauf genommen. Auch der *Geldpolitik* ordnet man als wirtschaftspolitisches Instrument zur Entfaltung von Wachstum und zur Unterstützung der Finanzpolitik bei der Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit keine Bedeutung mehr zu. Die in der Europäischen Währungsunion auf die EU übertragene nationale Geldpolitik habe sich ausschließlich auf die *Geldwertstabilität* zu konzentrieren, lautet hier das allgemeine politische Credo.

Zu dieser neoliberalen Wirtschaftspolitik gibt es *Alternativen*, selbst wenn dies von den vermögenden Schichten als auch von der herrschenden Politik und neoliberalen Ökonomen immer wieder mit massiver Unterstützung der Medien bestritten wird. Diese Alternativen sollen im Kontext *einzel- und gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge* herausgearbeitet werden. Dabei steht immer der *Mensch* und die von ihm erbrachte Arbeit und Wertschöpfung im Mittelpunkt. Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck und ihre Aufgabe

besteht auch nicht darin, maximale Profite für eine kleine gesellschaftliche Subschicht bereitzustellen. Soll es dabei zu einer wirklichen Veränderung der heute unhaltbaren und demokratiegefährdenden sozio-ökonomischen Verhältnisse kommen, so ist sowohl auf *einzelwirtschaftlicher*, d.h. auf unternehmerischer Ebene, als auch auf *gesamtwirtschaftlicher Ebene* ein radikales Umdenken und Handeln notwendig. Auf einzelwirtschaftlicher Ebene muss es zu einer *Partizipation* der in den Unternehmen beschäftigten Menschen kommen. Sie müssen sowohl an den monetären Unternehmensergebnissen beteiligt werden, als auch mehr Mitsprache (Mitbestimmung) an den Unternehmensentscheidungen erhalten. Dies verlangt nach einer grundsätzlichen *Demokratisierung* unternehmerischer Prozesse, nach einer insgesamt partizipativen Unternehmenskultur. Die in der Gesellschaft heute bestehende Asymmetrie zwischen politischer und wirtschaftlicher Demokratie muss beseitigt werden. Daneben muss es aber auch zu einer übergeordneten *staatlichen Aussteuerung* von grundsätzlich auf Wettbewerb basierenden mikroökonomischen Prozessen kommen, die ansonsten zu einer noch größeren Selbstauflösung, Machtentstehung und zu Machtmissbrauch führen. Ferner bedarf es einer *makroökonomischen Gesamtplanung*, die sowohl den marktwirtschaftlich-kapitalistischen immanenten Krisenprozess durch eine entsprechende *antizyklische Finanzpolitik* auszusteuern hat, als auch durch eine *kompensatorische Steuerpolitik* für einen Ausgleich zwischen Arbeit, Wirtschaft und Umwelt sorgen muss.

Zum Inhalt des Buches

In den folgenden vier Kapiteln des Buches wird der ambitionierte Versuch unternommen, eine holistische einzel- und gesamtwirtschaftliche Analyse aufzuzeigen, die nach einer veränderten Wirtschaft und Wirtschaftspolitik verlangt. Dabei werden – auch in einem historischen Kontext – sowohl die heute herrschenden ökonomischen Paradigmen analysiert, die sich im Wesentlichen als neoklassisch (neoliberal) einordnen lassen, als auch die daraus resultierenden Folgen aufgezeigt. Gleichzeitig werden an den entsprechenden Stellen der einzelnen Kapitel, die zu einer neoliberalen Politik möglichen ökonomischen Alternativen vorgestellt.

Das *erste Kapitel* beschäftigt sich mit der Arbeit und ihrer Herausbildung unter marktwirtschaftlich-kapitalistischen Verhältnissen. Hier steht der Warencharakter von Arbeit und ihre Wertbestimmung im Mittelpunkt. Dabei werden die unterschiedlichen Positionen zur Lohn-Gewinnfrage vom Merkantilismus über die Arbeitswertbestimmung bei den klassischen Ökonomen bis zur heutigen vorherrschenden Sicht der Neoklassik und ihrer neoliberalen Interpretation einer kritischen Analyse und Bewertung unterzogen. So wie sich ein Neuwert nur aus lebendiger Arbeit ableiten lässt, so eindeutig ist auch das Ergebnis eines Kapitalverwertungs- und Akkumulationsprozesses. Arbeit wird von Unternehmen nur dann nachgefragt, solange das „Wertgrenzprodukt der Arbeit“ größer ist als der zur Auszahlung kommende Nominallohn. Arbeit muss demnach weniger kosten, als ihr Verkauf dem Unternehmen am Markt erbringt. Der daraus resultierende Gewinn

führt zur grundsätzlichen Frage nach der Verteilung der Wertschöpfung zwischen Kapital und Arbeit.

Dem widmet sich das *zweite Kapitel* im Rahmen einer einzelwirtschaftlichen monetären Partizipations- und Verteilungsanalyse der unternehmerisch-wirtschaftlichen Ergebnisse. Dabei wird die wert- und gewinnschaffende Arbeit in ihrer konkreten Entlohnung vor dem Hintergrund einer kollektiven tariflichen Lohnpolitik theoretisch und empirisch analysiert. Gleichzeitig erfolgt hier in Anbetracht des grundsätzlichen Austauschverhältnisses der Ware Arbeitskraft an den Arbeitsmärkten eine theoretische und politische Bewertung neoklassischer/neoliberaler und keynesianischer Lohngrundlagen bis zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Behauptung angeblich zu hoher Arbeitskosten einschließlich zu hoher so genannter Lohnnebenkosten. Auch wird hier auf den eingeleiteten Systemwechsel in der Arbeitsmarktpolitik (Hartz, Agenda 2010) eingegangen und deren Alternativen eines öffentlichen Beschäftigungssektors in Verbindung mit Arbeitszeitverkürzungen zur Schließung der Produktions-Produktivitätsschere aufgezeigt. Daneben setzt sich das zweite Kapitel ausführlich mit den Forderungen nach einer verbetrieblichten Lohnpolitik auseinander, wonach Arbeit zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit nur noch billig werden soll. Dem wird als Alternative mindestens die Ausschöpfung des verteilungsneutralen Spielraums in den kollektiven tariflichen Lohnrunden zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und eine expansive Einkommenspolitik zur Umverteilung zu Gunsten der Lohnquote durch Gewinn- und/oder Kapitalpartizipationen der Arbeitnehmer entgegen gehalten.

Das *dritte Kapitel* untersucht die konkrete heutige Stellung und Rolle der Arbeitnehmer in den Unternehmen. In einem kurzen historischen Rückblick werden unterschiedliche personalwirtschaftliche Paradigmen vom Taylorismus/Fordismus über Human-Relations- sowie Human Resources-Ansätze bis zu neueren Management-Ansätzen sowie die Frage nach der unter den Bedingungen vorherrschender Massenarbeitslosigkeit und einer neoliberal intendierten Globalisierung und Liberalisierung sich ergebene Unternehmenskulturen untersucht und kritisch reflektiert. Als Alternative zu der vorherrschenden einseitigen Machtkultur der Unternehmenseigner und der angestellten Manager, die man auch als eine destruktive „Nicht-Kultur“ bezeichnen könnte, wird hier die Forderung nach einer demokratisierten und partizipativen Unternehmenskultur erhoben. Diese setzt auf eine qualitative paritätische Mitbestimmung zwischen Kapital und Arbeit. Dadurch wird letztlich der beste Nährboden für eine unternehmerische aber auch gesellschaftlich notwendige Innovationspolitik geschaffen.

Im *vierten Kapitel* werden Wirtschaft und Staat aus *gesamtwirtschaftlicher Sicht* und Verantwortung betrachtet. Hierbei geht es zunächst um die historische, theoretische und empirische Einordnung des *Wettbewerbsprinzips* auf der einen, und des *Sozialstaatsprinzips* auf der anderen Seite. Neoliberales Denken hofiert den Wettbewerb, ohne wettbewerbsimmanente Deformationen zu berücksichtigen. Gleichzeitig wird der verfassungsrechtlich garantierte Sozialstaat unterminiert. Dies hat Folgen nicht nur für den soziologischen und politischen Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern wirkt auch nachhaltig auf

gesamtwirtschaftliche Kreislaufzusammenhänge zurück. Die Renten- und Gesundheitspolitik sind dafür gute Beispiele. Abschließend folgt eine makroökonomische Auseinandersetzung mit der *Finanzpolitik* (Ausgaben- und Steuerpolitik) der Bundesregierung und eine Darstellung möglicher Alternativen im Sinne einer kompensatorischen Steuerpolitik zur Aussteuerung konjunktureller (kurzfristiger) und struktureller (langfristiger) gesamtwirtschaftlicher Aspekte und Probleme.